

# Dresdner Volkszeitung

Vollschaffkonto: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Geb. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Einzelheft: 10 Pfennig  
Abonnement: 10 Mark  
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521, Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Verkaufsstelle: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 1277.  
Schriftleitung: Weitzingplatz 10, Fernsprecher Nr. 2521, Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.

Einzelheft: 10 Pfennig  
Abonnement: 10 Mark  
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Nr. 293

Dresden, Freitag den 17. Dezember 1926

37. Jahrg.

## Der Ansturm der Sozialdemokratie

Scheidemanns Anklagen gegen die Reichswehr — Marx nichtsjagende Erklärung — Die Regierung vor dem Sturz

Unter parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns über die Vorgänge im Reichstag:

Heber den Reichstag ist am gestrigen Donnerstag ein schweres politisches Gewitter niedergegangen. Wie noch jedem derartigen elementaren Ereignis werden auch diesmal Klagen laut, daß dort ein Blümlen geschickt und da ein Blümlen entwirrt ist. Das hier der Blitz reißtlos ein- geschlagen und dort der Sturm am morichen Gemüder gestaut hat. Indes können auch politische Gemüter nicht von unerschütterlicher Ruhe sein, wenn schmale, düstere Atmosphäre unerträglich geworden und nur noch durch dröhnende Entladungen zu reinigen ist. Alles Zornern und Jähern verhalten gegen diese Vorkommnisse nicht. Sie gilt für die große Natur wie für den kleineren Komplex politischen Ereignisses.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie schwere Verantwortungen übernehmen und tragen muß. Aber ihr Verhältnis zu anderen Koalitionsparteien muß klar und ihr Einfluß auf den Staat und seine Wehrmacht muß wirklich mitbestimmen und nicht nur ein Scheinbild sein. Gerade darum hat diese Reichstagsfraktion das Ringen um die Republikantisierung der Reichswehr in den Vordergrund gestellt. Gerade darum hat sie durch ihren Beschluß am Mittwoch, der den Eintritt der Reichsregierung in dem Zweck einer gründlichen Umgestaltung der Regierung forderte, zum Ausdruck gebracht, daß eben auch formelle Veränderungen ein notwendig sind. Es gibt da kein Ausweichen. Wer wirklich eine gründliche Reform der Reichswehr mit dem Ziel will, sie zu einem republikanischen Staatsinstrument zu machen, muß den Minister Gehler befechtigen, der an dieser Aufgabe gescheitert ist, wenn er sie überhaupt wirklich ernsthaft betreiben haben sollte.

Man mußte damit rechnen, daß die Reichswehr-Rede Scheidemanns die helle Entrüstung der Republikanten an einer monarchistischen Reichswehr, also der Deutschnationalen, jünden würde. Allerdings haben die Deutschnationalen in ihrer Schamlosigkeit diese Entrüstung bis zur Perfektion übertrieben. Obwohl Scheidemann in seiner damals zurückhaltenden Rede über seine Lässigkeit mitgeteilt hat, die nicht seit langem jedem aufmerksamen Beobachter unbekannt war, und obwohl er bestimmt nichts gesagt hat, was nicht in allen maßgebenden Kreisen des Auslandes besser bekannt ist als im Reich, gab es tosenden Lärm auf den Banken der Reden. Es spielten sich die bewegtesten Auf- fälle an. Die deutschnationalen Wirkung raute sich in Worten wie: „Du Lügner!“ und gab die Parole zum Laufen des Saales. Westarp bekam einen Schreckensanfall. Große Teile der Deutschen Volkspartei schlossen sich dem Auszug der Deutschnationalen an. So schloß sich zum Reichstagsanfall und zu Stresemann hinauf, um auf diese einzureden. Stresemann unterwarf sich aufgeregt mit dem Adjunkten Gehlers. Über- lachend von Scheidemann, und nur derjenige, um dessen Kopf der ganze parlamentarische Sturm sich entzündete. Herr Otto Gehler, sah mit überlegenem Köhden auf seinem Minister- stuhl. Nach dem Abmarsch der Deutschnationalen gaben sich die Sozialdemokraten in ihrer erfolgreichsten Weise, einen Westarp-Ertrag zu erzielen. Die Mitteilungen über die Kammerbesprechungen im Ausland an die Reichswehr begleiteten sie mit wahren Hochrufen.

Scheidemann, dieser gewandte Redner und erfahrene Parlamentarier, ließ sich natürlich nicht verblüffen. Er ent- wickelte ein Bild der Reichswehrverbindungen mit republikanischen Organisationen und mit Aufrüstungs- Fabriken in Kooßen, das eigentlich nicht nur jeden Republikanten, sondern jeden mit einer ruhigen Entwicklung be- wußten Deutschen anrühren mußte. Darum ist es schwer be- greiflich, daß wenigstens vorübergehend die Rede Scheidemanns auch bei den Mittelparteien einen unangenehmen Ein- druck gemacht zu haben schien. Sogar Dr. Wirth, der, un- geachtet von einer großen Menge von Abgeordneten, als offi- zieller Zentrumsredner sprach, leitete seinen Vortrag mit diesen Worten des Bedauerns über die Scheidemanns-Rede ein: „Tausend aber erhob sich Wirth zu einer bedeutenden orato- rischen Leistung. Seine Rede war neben einer Warnung zur politischen Einigkeit an die Deutschnationalen eine klare Abfrage an den Vorkühler, was nicht über- haupt werden darf, da Wirth nicht als einziger, sondern als Zentrumsredner sprach. Er legte ein stark wirkendes Ver- trauen in eine republikanische Umgestaltung der Reichswehr ab, ohne jedoch einzeln die Pläne zu ent- wickeln. Die Rede Wirths war allgemein die Krönung der Verhandlungen etwas abmildern. Viel man die Erklärungen des Reichstagsmarschallers Marx, so wird man über deren Inhalt- reichheit erstaunt sein. Auch Wirth übte daran verhaltenen Kritik und wir stimmen ihm durchaus zu, wenn er der Reichsregierung monotonen Kritik.

Das an die Reform der Reichswehr mit größerer Energie herangegangen werden muß, als sie aus den Worten des Reichstagsmarschallers hervorgeht.

Der weitere Verlauf der Sitzung war unbedeutend. Der Deutsche Volksparteiler Scheidemann, der den ganzen Ansturm dieser Tage amnestiert hat, verhielt sich nach demselben Ziele. Sein Herrschaft war, seine Partei wird- allen zurechnenden Einflüssen auf die Reichswehr entgegen-

treten. Was er unter der Zerlegung versteht, hat er leider nicht ausgeführt. Daß der Wirtschaftsparteiler Dr. Bredt und der Bayerische Volksparteiler Reichert mit Scheidemanns Rede nicht einverstanden waren, darüber wird man sich nicht wundern. Dagegen verdient angemerkt zu werden, daß Herr Reichert mit gewaltigem Pathos sich dagegen wehrte, daß öster- reichische Zustände nach Deutschland verpflanzt werden. In Österreich hat man bekanntlich ein unangenehm repu- blikanisches Heer, aber für Herrn Reichert ist republikanisch nahezu gleichbedeutend mit sozialistisch, wie seine Entschuldig- ung des Reichsbanners deutlich bewiesen hat.

Den ganzen Tag über war die Stimmung im Reichs- tag und in der Bundeshalle in seltsamer Weise erregt. Das Schicksal des sozialdemokratischen Mißtrauensantrages wurde lebhaft erörtert. Bis zur Stunde sieht eigentlich nur fest, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten für diesen Mißtrauensantrag eintreten. Die Haltung der Deutschnationalen ist noch unsicher. Bald wurde behauptet, sie würden für das Mißtrauensvotum stimmen, bald hörte man, daß sie sich der Stimme enthalten werden. Der Wirtschaftsparteiler Dr. Bredt hat schon an- gekündigt, daß seine Partei gegen das sozialdemo- kratische Mißtrauensvotum stimmen werde. Es ist also noch keineswegs sicher, ob die sozialdemokratische Aktion das klar gewollte Ziel eines Sturzes dieser Regierung erreicht.

Wie dem aber auch sei, die Absicht der sozialdemo- kratischen Fraktion, durchaus Klarheit über die inner- politischen Verhältnisse zu gewinnen, wird weiter verfolgt werden. Die Stimmung in unserer Reichstagsfraktion ist, wie wir glauben, darin durchaus in Einklang mit der Stim- mung im Lande.

### Der Tag der Abrechnung

162. Sitzung, Donnerstag, 16. Dezember  
Die Sitzung wird um 2 Uhr eröffnet. Das Haus ist gut besetzt. In der Diplomatensalze ist u. a. der amerikanische Ge- schäftler  
Zunächst zweite Beratung des Sperrgesetzes für die Aus- scheidungsleistungen mit dem ehemaligen Fürstbischof. Der Aus- schuß hat beschlossen, daß die Länder ermächtigt werden sollen, den

Verkauf von Wertgegenständen aus der Klasse zu verbieten.

Abg. Rosenfeld (Soz.) weist darauf hin, daß die Vorlage durch den Beschluß des Ausschusses noch weiter verschlechtert worden ist. Es sei zu befürchten, daß jetzt von den ehemaligen Fürsten neue Schadenersatzansprüche an die Länder gestellt werden. Nur um noch zu retten, was noch gerettet werden kann, werde die sozialdemo- kratische Fraktion für die Vorlage stimmen. Die Verantwortung für alle Folgen haben die bürgerlichen Parteien zu tragen. (Beifall b. d. Soz.)

Nach weiterer kurzer Aussprache, die bei der im Saale herr- schenden Unruhe zum größten Teil unverständlich bleibt, wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung gegen Deutschnationalen und Volksliste angenommen. Auch die Monarchisten stimmen der Vor- lage zu. — Präsident Eise stellt fest, daß das Gesetz die für Ver- fassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit er- halten habe.

Nunmehr folgt die dritte Beratung des Nachtragsetzes.

### Reichstagsmarschall Marx:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Be- schluss vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Nachtrags- setzes herbeiführen werde. Die Reichsregierung ließ sich demgegen- über von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außer- politischen Lage und der dadurch gegebenen Notwendigkeit, für die Lösung einiger bedeutsamer in Genuß noch unentschieden ge- bliebener Nachtragsfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine Regierungskrise, wenn irgend möglich, vermieden werden müsse. Aus der Gesamtentwicklung der letzten Zeit heraus hat die Reichs- regierung daher die Initiative für

### Verhandlungen mit der Sozialdemokratie

als der größten Oppositionspartei zwecks Verbreiterung der Regie- rungsbasis ergriffen. Die Regierungsparteien billigten ohne Aus- nahme diesen Entschluß der Regierung, so daß am Nachmittag des 15. Dezembers der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemo- kratischen Fraktion einzutreten, mit dem

### Ziele der Bildung der Großen Koalition.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich dann zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, zugleich aber den Rücktritt der Reichsregierung verlangt.  
Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien

## Das Mißtrauensvotum

Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum lautet: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

### Was tun die Deutschnationalen?

D. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Zus.) Am heutigen Nachmittage findet im Reichstage die Abstimmung über das Mißtrauensvotum der sozialdemokratischen Reichstagsfrak- tion statt. Aber selbst aus der heutigen Morgenpresse ist noch nicht zu ersehen, wie diese Abstimmung ausfallen wird. Die Reichspressen hält sich ängstlich zurück und hofft schließlich auf dem Wege des Nachhandels doch noch vor einer Zustimmung zu dem Mißtrauensvotum gerettet zu werden. Das Zentrum soll verhandeln und den Deutsch- nationalen für die Zukunft gewisse Garantien in Bezug auf die Beteiligung an der Regierung geben. Die Deutsch- nationalen sind bereit, selbst die jetzige Regierung, die sie bisher auf das Entschiedenste bekämpft haben, zu unter- stützen.

Die linksgerichtete Presse glaubt bestimmt an den Aus- bruch der offenen Krise durch die heutige Abstimmung. Der Vorwärts spricht von einer „Reichswehrkrise“ und „Re- gierungskrise“. Das gleiche tut die Possibler Zeitung und ebenso glaubt das Berliner Tageblatt an einen „offenen Ausbruch der Krise“. Die Germania schreibt unter anderem: „Das Ergebnis der gestrigen Reichstags- sitzung war völlige Unklarheit. Ob das Kabinett Marx diesen Sturm überleben wird, hängt von der Haltung der Deutschnationalen ab.“ Diese Haltung soll nach dem Wunsche der Volkspartei heute nach Möglichkeit beeinflusst werden. Die Tägliche Rundschau sagt ganz offen, daß die Volkspartei infolge dessen heute Beratungen pflegen wird. Das volksparteiliche Blatt hofft, daß sich die Deutschnatio- nalen schließlich entscheiden, und erwartet so, daß sich die Sozialdemokratie letzten Endes in der Fälligkeit ihres eigenen Mißtrauensvotums fangen wird.

### Westarp bei Hindenburg

D. Berlin, 18. Dezember. (Eig. Zus.) Der Vorkühler weiß heute zu melden, daß der Reichspräsident am Donner- stag zunächst den Reichstagsmarschall Marx empfing und dann mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Grafen Westarp, Besprechungen hatte. Am heutigen Vormittag sah der Reichsprä- sident den Reichstagsmarschall und dann einen der Grafen Westarp empfangen. Westarp wurde nach dem Besuche, auf welchem Wege die Deutschnationalen zur Zustimmung zu dem Mißtrauens- votum. Die Zentrumspartei hat am Donnerstag beschlossen,

mit den Deutschnationalen unter keinen Umständen Verhandlungen über die Abstimmung im Binnem des Reichstages aufzunehmen.

Der Reichstagsmarschall Dr. Marx hat die Forderung der Volks- partei, nach der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion vom Mittwoch mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu ver- handeln, in völliger Uebereinstimmung mit der Zentrumspartei abgelehnt. Die Demokraten haben sich dieser Haltung an- geschlossen. Die Deutsche Volkspartei hat trotzdem für Freitag Be- sprechungen mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion in Aus- sicht genommen.

### Hergts Anbiederung an Frankreich

D. Paris, 17. Dezember. (Eig. Zus.) Aus den Mit- teilungen ihrer Berliner Korrespondenten bringen die heutigen Blätter große und meist durchaus fauliche Berichte über die geistige Reichstagsführung und die sentimentalen Erklärungen Scheidemanns. Sie enthalten sich bewache sämtlich vorläufig irgendeiner Vorur- sage über den Ausgang der Debatte, unterrichten aber, wie z. B. das Journal, „daß man heute Abend über die Zukunft der Antritts- punkt von Locarno, Thoiry und Genf hat reden wird.“

Der Berliner Korrespondent des Echo de Paris hat, fast nach der Rede von Scheidemann geantwortet, der ihm erklärte: „Ich bin derzeit verblüfft über die Erklärungen Marx“, das so ge- wungen bin, anzunehmen, daß die Regierung nicht ehrlich ist, wenn sie in Genf von Frieden spricht.“

Gleich darauf hatte der Korrespondent eine Unterredung mit Deprat, der ihm erklärte: „Eine Sache ist ganz klar, die Große Koalition ist unmöglich geworden. Keine Partei wird aus der Lage die ganzen Vorteile ziehen, die möglich sein werden. Wir werden eine solche Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen.“ Auf die Frage, was in politischer Beziehung das Kommen der nationalsozialen Parteien in Deutschland bedeuten würde, antwortete Deprat: „In Frankreich hat man den Entschlüssen, die unser Kolner Mens- ch gefaßt hat, nicht genügend Bedeutung beigemessen. Wir Deutschnatio- nalen haben erklärt: Vergangenheit ist Vergangenheit, wir wollen nur an die Zukunft denken. Damit haben wir den Eintritt Deutsch- lands in den Völkerbund und die Politik von Locarno abgelehnt.“ Auf die Frage, wie sich die Partei zu der deutsch-französischen An- näherung stellen würde, antwortete Deprat: „Ich bin überzeugt, daß eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern nur möglich sein wird, wenn sie von den Reichsregierungen der beiden Länder ratifiziert ist. Eine Aussprache zwischen unserer Partei und den französischen Staatsmännern wurde uns sicher gestattet, eine gemeinsame Lösung für beide Länder zu haben. Wir werden, daß Frankreich uns nicht alle Forderungen auf einmal erfüllen kann. Keine Partei wird auch nur versuchen, was möglich ist.“

Seite 11  
Paul  
Platz 21  
Serlosten  
ntel  
se Serie  
ider  
n u. Pen  
nkerg  
str. 5.  
hörn  
erfr. 17  
inen  
tsino  
Reichte  
bühnen  
geden  
decken  
schänge  
enden  
latten  
en und  
ores  
repte  
nke 44  
chen  
zlige  
Mantel  
neut  
derme  
Mantel  
letots  
Japan  
Anzüge  
der Art  
mann  
nennen  
er Art  
Otto  
lichen